

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

17.3.1928 (No. 66)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 253
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. C.
Karlsruhe

Verlagspreis: 2 Mk. — Einzelheft 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassencobalt gilt und vermehrt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsverfügung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Redaktion der Inhalt der Klage, des Beschlusses, der Versteigerung, des Konkursverfahrens an. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Vernetzung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Aufnahme von Anwärtern für den einfachen mittleren Justizdienst

Im Frühjahr d. J. wird wieder eine beschränkte Anzahl von Anwärtern für den einfachen mittleren Justizdienst (Büroanwärter) aufgenommen werden. Die Aufnahmegegense sind in der Zeit vom 1. bis 15. April 1923 beim Justizministerium einzureichen. Zivilanwärter haben ihre Gesuche durch Vermittlung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz haben, vorzulegen. Aufgenommen werden nur Bewerber mit guten Schul- und sonstigen Zeugnissen. Die nähere Auskunft über die Voraussetzungen für die Aufnahme als Anwärter, sowie über die den Aufnahmegegnen beizulegenden Nachweise kann bei den Amtsgerichten eingeholt werden.

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz

Eine Rede des Grafen Bernstorff

Der vorbereitende Abrüstungsausschuss hat Freitag nachmittag in Genf die Aussprache über das Ergebnis der Arbeiten des Sicherheitskomitees begonnen und abgeschlossen. Außer dem Berichterstatter Politis ergriffen nur die Führer der sowjetrussischen, französischen und deutschen Delegation das Wort. Eine Beschlussfassung wurde für einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt. — Litwinow, der Führer der sowjetrussischen Delegation, erklärte, die Arbeiten des Sicherheitskomitees könnten nicht zum Ziele führen. Regionalabträge können leicht den Charakter von Vorkriegsbündnissen annehmen, die eine der hauptsächlichsten Ursachen des Weltkrieges waren. — Graf Claude (Frankreich) brachte die außerordentlich große Zufriedenheit Frankreichs mit den Arbeiten des Sicherheitskomitees zum Ausdruck.

Graf Bernstorff, der als letzter Diskussionsredner sprach, führte aus, die deutsche Regierung lege den größten Wert auf die Schieds- und Vergleichsverträge. Die Arbeiten des Sicherheitskomitees haben der deutschen Auffassung in hohem Maße Rechnung getragen. Weiter untertrug Graf Bernstorff den Umstand, daß das Sicherheitskomitee sich der auch von der Reichsregierung vertretenen Auffassung angeschlossen habe, daß durch den Völkerbundspakt an sich bereits ein hohes Maß von Sicherheit gegeben sei, dessen große Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfe. Diese erneute Betonung des hohen Wertes der Völkerbundsaussprache als politisches Instrument und wirksame Friedensgarantie bilde eine Ermunterung, die Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses weiterzuführen und einen wirklichen Schritt zur Abrüstung, zur Gerabsetzung der Rüstungen zu tun. Graf Bernstorff begrüßte schließlich die Feststellung des Berichterstatters Politis, daß Sicherheit und Abrüstung gleichen Schritt halten müssen und mußte daran die Bemerkung, daß, nachdem für die Sicherheit nunmehr der erste Schritt getan sei, auch der erste Schritt zur Abrüstung getan werden müsse.

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die nächste Sitzung Montag nachmittags abzuhalten, wurde kein Widerspruch erhoben.

Zu dem Zwischenfall in Malta

WTW. London, 17. März. (Tel.) Der Zwischenfall auf der „Royal Oak“ beschäftigt die Presse nach wie vor in höchstem Maße, doch beruhen die Informationen der Blätter lediglich auf Gerüchten und Vermutungen. Es wird berichtet, daß die Admiralsität, sobald sie den Bericht des Untersuchungsausschusses erhalten hat, darüber entscheiden wird, ob ein Kriegsgesicht über einen der beteiligten Offiziere abgehalten werden soll. Verschiedene Blätter brühen ihre Erklärungen darüber aus, daß es nicht möglich gewesen sein soll, eine genaue Darstellung der Vorgänge auf drakhtlosem Wege zu übermitteln. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Malta glaubt, sagen zu können, daß auf jeden Fall Kapitän Dewar, Kommander Daniel und andere Offiziere sich weigerten, unter Kommandant Collard in See zu gehen.

Eine Neutermeldung aus Malta besagt, es bestrebe dort allgemein die Auffassung, daß es sich nicht um Fragen gesellschaftlicher oder persönlicher Art, sondern daß es um durchaus dienstliche Fragen ging.

Das Attentat auf Savorelli

WTW. Paris, 15. März. (Tel.) Man berichtet, daß als Anstifter des Attentates gegen den Faschisten Savorelli, der am 14. März erschossen wurde, ein seit diesem Tage verschwundener Professor Barnieri verdächtig werde. Die Polizei suche zur Zeit unter den in Paris lebenden Antifaschisten mehrere Personen, die ebenfalls seit jenem Zeitpunkt verschwunden sind.

Großadmiral von Tirpitz kandidiert nicht wieder. Großadmiral von Tirpitz hat dem Vorsitzenden der Deutschnationalen, Grafen von Westarp, mitgeteilt, daß er bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder zu kandidieren gedenke. Als Nachfolger und Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben hat nun die Deutschnationale Volkspartei (Bayern) den General von Lettow-Vorbeck in Aussicht genommen.

Potadowski kandidiert für die Aufwärtler. Die Reichspartei für Volksrecht auf Aufwertung hat laut „Voss. Zig.“ als Spitzenkandidaten im Thüringer Reichstagswahlkreis den greisen Staatsminister a. D. Grafen von Potadowski aufgestellt.

Letzte Nachrichten

Ein Liquidationskandal in Elsaß-Lothringen

M. Berlin, 17. März. (Priv.-Tel.) Nach der „Voss. Zig.“ haben Enthüllungen über Elsaß-Lothringische Liquidationskandale einen großen Umfang angenommen. Schon 1924 wies der eifassische Abgeordnete Schuhmann darauf hin, daß bei der Liquidierung des deutschen Eigentums große Vermögenswerte verschleubert worden sind. Der beständige Widerstand der Behörden hat dann die Untersuchung verschleppt, aber nicht verhindern können, daß jetzt von dem für die Angelegenheit eingesetzten Ausschuss der französischen Kammer auf ungefähr 200 Druckseiten die wichtigsten Tatsachen zusammengestellt worden sind. Poincaré hat gegen die Veröffentlichungen, wohl mit Rücksicht auf die Wahlen, sein Veto eingelegt, doch wird der Ausschuss trotzdem die Veröffentlichung vornehmen. In dem Bericht heißt es, daß die Verwaltung des deutschen Eigentums die allerhöchste Kritik herausfordere. Infolge Mangels an Kontrolle hätten sich einzelne Personen stark bereichert. Die Hauptschuld falle dabei auf Millerand, der trotz aller Warnungen keine Kontrolle schuf. So wird in dem Bericht festgestellt, daß die beschlagnahmten deutschen Güterwerte einen Wert von 1,4 Milliarden Goldmark hatten, aber nur 480 Millionen Franken erbrachten, von denen für Prozeduren, Honorare usw. noch soviel abging, daß zuletzt 180 Millionen Papierfranken übrigblieben.

Amerika und die Tangerfrage

M. Berlin, 17. März. (Priv.-Tel.) Die aus Washington gemeldet wird, überreichte gestern Staatssekretär Kellogg den Vorkriegsstaaten Frankreichs, Englands, Spaniens und Italiens gleichlautende Noten, in denen es heißt, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika für die Tangerkonferenz alle Rechte vorbehalten. Sie verlangten eine gleichberechtigte Behandlung mit allen anderen Mächten und die offene Tür in Tanger.

Die aus Paris gemeldet wird, will Briand Mitte nächster Woche die Kelloggnote über den Nichtangriffspakt beantworten. Obwohl nach Pariser Meinung diese Ausführungen keine Änderungen in der schwebenden Angelegenheit bringen, glaubt man doch an eine Kompromißformel, die von Briand bereits ausgearbeitet wird.

Auswärtiger Ausschuss des Reichstags

WTW. Berlin, 17. März. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Samstag um 10 Uhr zusammen.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Vertrages über den Warenverkehr mit dem Saargebiet, ferner über die Genfer Verhandlungen, die deutschen russischen Verhandlungen und die Auswanderungsfrage. Sofort bei Beginn der Sitzung ergriß Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der zusammen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schubert, erschienen war, das Wort zu längeren Ausführungen über die gesamte außenpolitische Lage.

Während die Mittagsstunden beschäftigte man sich ausschließlich mit der Berichterstattung über Genf. An der Debatte beteiligten sich Redner aller Parteien.

Die Aufwandsentschädigung der Reichsminister

M. Berlin, 17. März. (Priv.-Tel.) Zu einem Artikel der „Berliner Börsenzeitung“ erklärt heute der Reichsfinanzminister, daß keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Reichsminister und Staatssekretäre geplant ist. Es bleibe vielmehr bei den bisherigen Sätzen, nämlich 4800 M für den Minister und 4000 M für den Staatssekretär, während Ministerialdirektoren überhaupt keine Aufwandsentschädigung beziehen, woran auch nichts geändert werden soll. Allerdings scheint eine solche Absicht bestanden zu haben, denn in den letzten Wochen sind die Parteien nach ihrer Meinung um eine solche Erhöhung befragt worden, nachdem ein entsprechender preussischer Vorschlag beim Reichskabinett eingelaufen war.

Zu der Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland

WTW. Berlin, 17. März. (Tel.) Die bürgerliche russische Zeitung „Kul“ hat berichtet, daß der hiesige sowjetrussische Botschafter in Moskau um die Erlaubnis nachgefragt habe, der Sowjetregierung über den ungünstigen Eindruck der deutschen Verhaftungen persönlich Bericht zu erstatten.

Hierzu erfährt das Wolffbüro auf Anfrage aus Kreisen der Sowjetbotschaft, daß diese Nachricht nicht zutrifft. Herr Krestinski werde nicht nach Moskau fahren. Im übrigen wird dem Wolffbüro aus gleicher Quelle versichert, daß außer dem internen Bericht, der vor einigen Tagen eingegangen ist, bei der Botschaft keine neuen Nachrichten über die Angelegenheit der verhafteten Deutschen vorliegen.

* Zur Frage der Abrüstung und der Reparationen

Wenn im Leben des einzelnen und im Leben der Völker immer die vernünftigsten Vorschläge verwirklicht würden, gäbe es mehr Zufriedenheit auf Erden. Wie leicht wäre es, einen Dauer verheißenden Friedenszustand herbeizuführen, wenn alle großen und kleinen Nationen der Erde wirklich abrüsten wollten! In welcher Form und in welchem Umfange das zu geschehen hätte, dafür ist ja die sogenannte „Entwaffnung Deutschlands“ eine lehrreiche Probe. Für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung, für den Schutz der Grenzen und für die Ausführung etwaiger militärischer Anordnungen des Völkerbunds würde das deutsche Heer von 100 000 Mann ausreichen, vorausgesetzt, daß die übrigen Staaten sich den gleichen Bedingungen einer „Entwaffnung“ unterwürfen. Geschehen müßte das nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer. Besitzt das 65-Millionen-Volk der Deutschen ein Heer von 100 000 Mann, so dürfte Frankreich bei einer wesentlich geringeren Bevölkerungsziffer nur etwa 70 000 Mann unter Waffen haben; höchstens würde man den Staaten mit größerem Kolonialbesitz noch eine Kolonialarmee extra bewilligen.

Die Franzosen würden natürlich entsetzt sein, wenn man ihnen ernstlich diesen Vorschlag unterbreiten wollte. Und doch müßte ein jeder zugeben, daß dieser Vorschlag der einzig vernünftige ist. Je weniger Militär, um so weniger Krieg! Je weniger Generale und je weniger Offiziere, um so weniger Kriegslust! Untrüglich ist die jetzige Situation, die dadurch gekennzeichnet wird, daß in der Mitte Europas ein großes Kulturvolk von 65 Millionen Einwohnern gezwungen wird, sich mit 100 000 Mann zu begnügen, während das westliche Nachbarvolk mit seinen rund 42 Millionen Einwohnern 700 000 Mann unter den Waffen hat. Das ist eine *societas leonina*, ein Löwenbündnis, bei welchem dem zufällig stärksten ganz ungerechtfertigterweise der größte Anteil zufällt. — Wenn die Bernunft regierte, würde man sich auch sehr bald über die Frage der Reparationen und der internationalen Schulden geeinigt haben. Nach einer Meldung aus London, die wir gestern veröffentlichten, geht man dort mit der Absicht um, den von dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg allen Mächten unterbreiteten Antikriegspakt mit dem Problem der internationalen Schulden zu verknüpfen. Und das ist sicherlich ein sehr gescheiter Gedanke. Denn, wenn erst einmal die Frage der Reparationen vollkommen gelöst ist, gibt es für Frankreich überhaupt keinen Vorwand mehr, sich der allgemeinen Abrüstung oder einem allgemeinen Antikriegspakt zu widersetzen. Frankreich arbeitet heute immer noch mit dem Argument, daß die Reparationszahlungen Deutschlands faktisch ja noch nicht beendet seien, und daß man recht viel Truppen haben müsse, um einem zahlungsunwilligen Deutschland mit der gepanzerten Faust imponieren zu können.

Der englische Vorschlag geht davon aus, daß der Antikriegspakt, also die von allen Staaten der Erde ausgeprochene feierliche Achtung des Krieges zu ergänzen sei durch ein neues Reparationsabkommen. Deutschland schuldet die sogenannten „Reparationen“ an seine früheren europäischen Gegner; diese sind wiederum die Schuldner Amerikas. Also soll die Sache so bereinigt werden, daß Deutschland die Schulden der Alliierten an Amerika auf sich übernimmt und die „Reparationen“ direkt an Amerika zahlt. Dabei müßte natürlich die Schuldensumme der Alliierten genau und äußerst festgesetzt werden. Man nimmt in London an, daß Amerika dann, wenn es dank der Verwirklichung dieses neuen Vorschlags wirklich pünktliche Zahlungen von Deutschland zu erwarten hätte, bereit sein könnte, in eine Reduzierung der Schuldensumme der Alliierten einzuwilligen. Die Alliierten würden, damit Amerika ganz sicher geht, für die deutsche Schuld den Vereinigten Staaten gegenüber die Zinsen- und Tilgungsbürgschaft übernehmen. Die Gegenleistungen sind so gedacht, daß Amerika und England Deutschland die Flüssigmachung seiner Schuld ermöglichen, und zwar zu vernünftigen Zinssätzen und in vernünftigen Raten, und daß Frankreich und Belgien Rheinland und Saargebiet jetzt schon räumen.

Man sieht, daß die Annahme dieses Vorschlags finanziell, wirtschaftlich und politisch von sehr segensreichen Folgen begleitet sein müßte. Eine wahrhafte Befriedung Europas wäre damit gesichert, eine Befriedung, an der wir ja alle und zusammen mit uns Amerika das

größte Interesse haben. Frankreich, dessen Finanzen in letzter Zeit wieder recht hypokratische Züge aufweisen, und dem nach der Meinung so mancher Sachverständigen eine neue Inflation droht, würde von dem Abkommen zunächst finanziell, dann aber auch wirtschaftspolitisch große Vorteile haben. Und im Zeichen des dann endlich verwirklichten Friedenszustands in Europa würde die Wirtschaftslage allenthalben besser werden.

Die Entscheidung liegt bei Frankreich und bei Amerika. Amerika hat sich bis jetzt geweigert, eine Verkopplung der Frage der Reparationen mit der der internationalen Schulden zuzulassen. Aber vielleicht ist gerade der von Washington aus befürwortete und warm empfohlene Antikriegspakt die Brücke, die Amerika zu der Londoner Auffassung, die ja auch nur die unsrige sein kann, hinüberführt.

Politische Neuigkeiten

Das Ende der Untersuchungsausschüsse

In gemeinsamer Sitzung des Aussenrates und des Haushaltsausschusses des Reichstages wurden am Freitag die im Haushaltsausschuss zurückgestellten Teile des Etats des Reichstages beraten.

Der Vorsitzende, Präsident Lohmann, erinnerte an die nun schon dreijährigen Bemühungen, die Arbeiten des Untersuchungsausschusses abzuschließen. Jetzt stehe man schon im 9. Jahre der Arbeiten und müsse mit 90 und mehr Bänden rechnen. Wenn man endlich den ganzen Rest wolle drucken lassen, dann handelte es sich also um erhebliche Summen. Um aber das Werk auszuführen, habe man an einen Verkauf an Private und Geschenke einiger Exemplare an ausländische Büchereien gedacht.

Generalsekretär Dr. Fischer gab dann eingehende Auskunft über die Arbeiten, die schließlich von vier Ausschüssen mit Hilfe von Gelehrten bewältigt worden seien, nämlich dem Ausschuss I über die Schuld am Kriege, Ausschuss II über die Friedensmöglichkeiten, Ausschuss III über die Völkerrechtsverletzungen und Ausschuss IV über die Ursachen des Zusammenbruchs. Aus dem reinen parlamentarischen Ausschuss habe sich eine Art von großem wissenschaftlich-politischem Organismus entwickelt.

Präsident Lohmann fasste die Ergebnisse des Vortrages dahin zusammen, daß für die Vervollständigung des Werkes ein Aufschlag von 450 000 auf 650 000 Mark erhöht werden müsse. Die Beschlußfassung wird im Haushaltsausschuss geschehen.

Es folgte die Aussprache über die Errichtung eines Neubaus für die Reichstagsverwaltung, für den als ersten Teilbetrag 12 Millionen M angefordert werden.

Präsident Lohmann begründete die Notwendigkeit des Neubaus vor allem mit den Bedürfnissen der stark erweiterten Bibliothek, dem Raumangel für die Verwaltung und dem mangelnden Raum für Arbeitszimmer der Abgeordneten. Es empfahl sich wohl die Einsetzung einer Baukommission.

In der Erörterung wurde von weitergreifenden großen Plänen gewarnt, weil das Geld noch lange Jahre fehlen werde. Das endgültige Bauprojekt könne erst der neue Reichstag bewilligen. In der weiteren Beratung wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß auch der Sitzungssaal für den zu erwartenden Zuwachs nicht mehr ausreichen werde.

Damit schloß die Aussprache, die nur zur Information des Haushaltsausschusses diente. Der Haushaltsausschuss allein wird in einer neuen Sitzung die finanzielle Beschlußfassung fassen.

Die Nachprüfung der Lohmann-Geschäfte

Am Freitag fanden zwei Sitzungen des Untersuchungsausschusses statt, den der Hauptausschuss des Reichstages zur Prüfung der Lohmann-Geschäfte eingesetzt hat. Zunächst erfolgte laut „M. Z.“ eine genaue Festlegung des Arbeitsprogramms. Dann wurden die beiden ersten Punkte des Programms im wesentlichen erledigt. Es wurden die Quellen festgestellt, aus denen Kapitän Lohmann seine Gelder bezogen hat, und es wurden die Vollmachten geprüft, auf Grund deren er gehandelt hat. Montag nachmittag um 5 Uhr wird man die Einzelheiten der Geschäfte durchprüfen, wobei auch festgestellt werden wird, welche Personen als Treuhänder figurieren haben, und welche unangemessenen Provisionen gezahlt worden sind. Bisher konnte festgestellt werden, daß die Geheimfonds Lohmanns im wesentlichen erst im Jahre 1923 geschaffen worden sind, und daß bis zum Jahre 1923 Kapitän Lohmann nur eine Summe zur Verfügung hatte, die die Höhe einer Million nicht erreichte.

Die Untersuchung des Gillerputches

Der zur Untersuchung der politischen Vorgänge im Jahre 1923 (Gillerputch) eingesetzte bayerische parlamentarische Untersuchungsausschuss hat am Freitag seine Verhandlungen abgeschlossen. Der Ausschuss lehnte die sämtlichen Beweis- und Feststellungsanträge des Mitberichterstatters, Abg. Dr. Gögler (S.), ab, und stimmte mit großer Mehrheit dem vom Berichterstatter Graf Bestalaza (W.R.) vorgeschlagenen Feststellungen über das Ergebnis der Ausschussverhandlungen zu. In diesen Feststellungen heißt es u. a.:

Es lasse sich nicht feststellen, daß im Oktober 1923 ein Bruch mit dem Reich beabsichtigt war. Ein Beweis dafür, daß seitens bayerischer Behörden ein Marsch nach Berlin geplant war, habe sich nicht ergeben. Wegen einer Beteiligung Kahr's, Löffler's und Seißler's an den hochverräterischen Plänen Giller's lagen gerichtliche bzw. staatsanwaltschaftliche Feststellungen vor. Der Untersuchungsausschuss glaube, zu deren Nachprüfung nicht berufen zu sein. Er stelle aber fest, daß der Oberreichsanwalt seinerzeit einen Antrag auf Erhebung der öffentlichen Klage gegen Kahr, Löffler und Seißler wegen Hochverrats keine Folge gegeben habe. Wie bereits durch den Berichtsvorsitzenden festgestellt wurde, habe der ehemalige Kronprinz Rupprecht zu den hochverräterischen Vorgängen vom 18. und 19. November 1923 in keiner Beziehung gestanden.

Die französischen Kommunisten

In der französischen Kammer stellte der sozialistische Abgeordnete Aubry auf Grund des Art. 14 der Verfassung, der bestimmt, daß kein Kandidat für die Kammer in Haft gehalten werden könne, den Antrag, daß die eine Gefängnisstrafe verbüßenden kommunistischen Abgeordneten Cachin, Failliant-Couturier und Marty in Freiheit gesetzt werden.

Kriegsminister Barthou stellte die Vertrauensfrage und erklärte, daß die Regierung einen derartigen Antrag nicht annehmen könne. Die kommunistischen Abgeordneten würden, wenn sie freigelassen würden, mit dem Gelde, das vom Auslande gekommen sei, Wahlpropaganda betreiben. Sie seien verurteilt worden, weil sie Militärpersonen hätten zum Ungehorsam verleiten wollen, und weil die kommunistische Propaganda sich hauptsächlich gegen das Meer richtete. Nach einer ziemlich erregten Debatte wurde der Antrag der Regierung mit 840 gegen 150 Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag

W.R. Berlin, 16. März.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen, u. a. Annahme des deutsch-schweizerischen Abkommens über die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger, folgt die zweite Beratung des Haushaltes des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Dr. Schädel: Die Finanzlage gestalte es nicht, bei den Neubauten und den Neuanlagen von Fernsprechämtern im bisherigen Tempo fortzufahren. Für das Jahr 1928 müsse sich die Post auf eine Anleihe von 50 Millionen beschränken. Zu den Befürchtungen wegen einer Erhöhung der Fernsprechgelder erklärt der Minister: Gebührenerhöhungen werden so lange nicht in Frage kommen, wie der jetzige Preisstand der Wirtschaft bestehen bleibt. Im Gegenteil halte ich im Fernsprechwesen Tarifermäßigungen für notwendig.

Abg. Seppel (Soz.) bedauert, daß die Nationalisierung des Postbetriebes auf Kosten der Beamten durchgeführt worden sei. Von den bayerischen Reichspostanstalten sollten endlich die weißblauen Hoheitszeichen entfernt werden. Der Redner bringt zahlreiche Beamtenbeschwerden vor.

Abg. Bruhn (Dnl.) begrüßt die Verbesserungen des Post- und Fernsprechtarifes auf dem flachen Lande. Beim Kraftpostwesen dürfe nicht die Rentabilität einer Linie maßgebend sein, wenn es sich um die Erschließung schwach bevölkerter Gebiete handelt.

Abg. Alkotte (Zentr.) weist die Meinung zurück, daß bei der Post noch zu viele Beamte beschäftigt seien. Von der Post dürfe nicht eine Verzinsung des vom Reich gelieferten Kapitals nach rein kaufmännischen Grundsätzen gefordert werden. Die Post sei nicht nur ein Verkehrs-, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor.

Abg. Dr. Gremer (D. Vp.): Bedenklich sei die Verzögerung der Durchführung des Fernsprechtarifprogramms, vor allem auf dem flachen Lande. Die Verkräftung des Landbediensteten dürfe nicht etwa zu einer Aufhebung der Postgebühren und dadurch zu einer Gefährdung des Postbetriebs führen. Der Telegrammbestelldienst müsse modernisiert werden. Im Zeichen des Motorrades müsse hier eine Beschleunigung möglich sein. Die Ablieferung der 100 Millionen an das Reich sei nicht übermäßig, sondern durchaus angemessen. Die außerordentlich starke Steigerung der Personalkosten bei der Post bedürfe der Aufklärung.

Abg. Schuldt-Steglich (Dem.) bemängelt, daß sich eine unmittelbare Wirkung der Nationalisierung auf Wirtschaft und Allgemeinheit nicht gezeigt habe. Die Preispolitik der Post habe sich in keiner Weise von der Steuer- und Zollpolitik der Reichsregierung unterscheiden. Dem Reichstag müsse wieder eine größere Einwirkungsmöglichkeit auf die Postverwaltung gegeben werden.

Abg. Zörgler (Komm.) beantragt die Aufhebung des Postfinanzgesetzes. Der Redner kritisiert dann die Verfügung des Ministers gegen die Inneziehen Räder der Beamtinnen.

Abg. Mollath (W. Ver.): Angesichts der schnellen Entwicklung der drahtlosen Telephonie müsse erwogen werden, ob so große Summen für die Neueinrichtung automatischer Fernsprechtarife ausgegeben werden sollen. Die Fernsprechgelder müßten zugunsten der Benutzenden ermäßigt werden.

Reichspostminister Dr. Schädel stellt fest, daß seit dem Bestehen des Postfinanzgesetzes die Reichspost ihr Vermögen um 700 Millionen erhöht habe. Vom Standpunkte des Postministers wäre es bequemer, wenn die Post wieder in den allgemeinen Reichshaushalt eingegliedert würde, aber vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist das jetzige Verhältnis zweckmäßiger. Als rein kaufmännisches Unternehmen ist die Post nicht denkbar, wenn sie nicht große, ohne Gewinn arbeitende Betriebszweige ganz aufgeben soll. Die Ablieferung der 100 Millionen an das Reich war notwendig, und die Post kann bei der Deckung der großen Reichsausgaben nicht abseits stehen. Die Portfolioerhöhung hat zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht geführt.

Die Nationalisierung hat seit 1920 dazu geführt, daß ohne stärkere Anspannung des Leistungsmahes der Beamten und bei großer Steigerung des Verkehrs das Personal um 98 000 Kräfte vermindert werden konnte. Von einem Beamtenabbau in der Postverwaltung ist keine Rede, ich würde es begrüßen, wenn die Einstellung von Lehrlingen und Supernumeraren möglich würde. Ich wünsche auch angemessene Erhöhungen der Arbeiterlöhne. Im Kraftpostwesen sehe ich keine Einnahmequelle, sondern eine gemeinnützige Verkehrsverbesserung. Die Verkräftung des Landbedienstetes wird jetzt durchgeführt.

Nach Ablehnung der kommunistischen Streichungsanträge wird auch das kommunistische Misstrauensvotum gegen die Stimmen von drei anwesenden Kommunisten unter großer Heiterkeit abgelehnt. Einstimmig wird der Antrag Mollath's (W. Ver.) auf Ermäßigung der Fernsprechgelder für Westpreußen angenommen und der Etat in zweiter Lesung erledigt.

Um 18 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Samstag, 18. März. Auf der Tagesordnung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen der Haushalt des Reichspräsidenten.

Afghanische Auszeichnungen. Nach Blättermeldungen hat nach der Abreise Königs Amanullahs aus Deutschland der afghanische Gesandte in Berlin sowohl dem Reichspräsidenten v. Hindenburg als auch Reichskanzler Dr. Marx je einen afghanischen Orden und einen roten Seidenmantel überreicht. Der Mantel bedeutet, daß seine Träger afghanische Vorfahren sind. Die auf diplomatischem Wege erfolgte Überreichung der Orden ist erst vor einigen Tagen vorgenommen worden. Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben die Orden als Erinnerungszeichen angenommen.

Die bayerischen Wahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen. Dieser Tage haben in München Besprechungen zwischen dem Landtag und der Staatsregierung stattgefunden über die Frage, ob die im Laufe der nächsten Zeit fälligen Wahlen zum bayerischen Landtag, ferner zu den Bezirksräten und Kreisräten mit der in Aussicht stehenden Reichstagswahl verbunden werden können. Die Besprechungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die sämtlichen bayerischen Wahlen mit der Reichstagswahl verbunden werden sollen. Auch der Aussenrat des Landtages hat sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Die Ausweisung Zubloffs durch den Kölner Regierungspräsidenten ist formell wegen des Fahrgeldens erfolgt. Allerdings trug sein Verhalten als lästiger Ausländer dazu bei, daß die Amtsstellen sich seiner zu entledigen trachteten. Es schweben Anzeigen wegen unbefugten Waffentragens und großen Unfugs. Zubloff war häufiger Gast in den übelsten Kölner Nachtlokalen und Kneipen und fiel dort wegen seines ungezügelter Venenmenschen auf. Der ahnungslosen Prinzessin wendete sich das allgemeine Bedauern zu. Glücklicherweise konnte noch kurz vor Zubloffs Abreise die Gütertrennung durchgeführt werden. Die Prinzessin hat hohe Wechselverbindlichkeiten Zubloffs mit unterschrieben. Zubloff will sich nach Südafrika zu Verwandten begeben.

Ministerpräsident Braun und der Reichslandbund. Der preussische Ministerpräsident Braun hatte es abgelehnt, eine Deputation des pommerischen Landbundes zu empfangen. Da zu veröffentlicht der Amtliche Preussische Pressedienst eine Erklärung, wonach es sich hier nicht um Uninteressiertheit gegenüber den Sorgen der Landwirtschaft oder Bauernfeindlichkeit handle. Der preussische Ministerpräsident sehe aber nicht die Notwendigkeit ein, sich zur Befriedigung des Agitationsbedürfnisses des Landbundes herzugeben.

Bayerische Hausführung beim „Wiking“. Bei der Koburger Bundesleitung des Wiking für Südbayern und Nordbayern wurde nach einer Meldung der „W. Ztg.“ Freitag morgen aus Veranlassung der bayerischen Regierung eine überraschende Hausführung vorgenommen. In dem Büro des Leiters, eines ehemaligen Offiziers, der auf einer Geschäftsreise weilte, wurden die verschlossenen Schreibtische von einer Anzahl Kriminalbeamter geöffnet und das darin enthaltene umfangreiche Material beschlagnahmt.

„Das neue Elsh“ verboten. Habas berichtet aus Straßburg, daß am Freitag auf Veranlassung des Ministers der Innern der Verkauf, die Verbreitung und die Verteilung der Zeitung „Das neue Elsh“ verboten worden ist. Die Zeitung war das Organ der fortschrittlichen Partei, die, wie es in der Habasmeldung heißt, immer deutlicher autonomistische Tendenzen gezeigt habe. Chefredakteur des Blattes ist E. Dahlet, der in Zabern für die Kammerwahlen als fortschrittlicher Kandidat aufgestellt ist.

Die italienische Wahlreform. Die italienische Kammer nahm am Freitag mit 216 gegen 15 Stimmen den Gesetzentwurf über die Wahlreform an, nachdem Giolitti vorher angeordnet hatte, er werde gegen den Entwurf stimmen. Der greise frühere Ministerpräsident erklärte, daß eine nationale Vertretung nach Artikel 88 der Verfassung frei gewählt werden müsse, daß eine politische Opposition bei einer vom faschistischen Großrat bestimmten Liste nicht möglich sei und daß somit das faschistische Regime von dem durch die Verfassung vorgeschriebenen Wege entschieden abricke.

Kurze Nachrichten

Schluss des Barnat-Prozesses noch vor Ostern. Der Barnat-Prozess, der das Berliner Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Neumann seit dem 11. Januar 1927 beschäftigt, nähert sich nunmehr seinem Ende. Die letzten drei Wochen waren ausschließlich dem Plädoyer der Verteidiger der 11 Angeklagten gewidmet. Nach den Dispositionen des Gerichts soll das Urteil noch vor Ostern verkündet werden.

Verbot gewöhnlicher Volksummireien für Kraftfahrzeuge. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll als Zeitpunkt des ersten Inkrafttretens des Verbotes gewöhnlicher Volksummireien für Kraftfahrzeuge nicht der 1. April 1928, sondern der 1. Juli 1928 festgesetzt werden.

Der Forschungsreisende Fildner. Vom deutschen Generalkonsulat in Kalkutta liegt eine Meldung vor, daß die Reisegesellschaft des Forschungsreisenden Fildner wohlbehalten in Ley in Kaschmir angekommen sei und die Weiterreise nach Srinagar in Kaschmir angetreten habe.

Verhaftung Dr. Midlins. Habas meldet aus Mülhausen, daß auf Anordnung des mit der Autonomistenangelegenheit betrauten Untersuchungsrichters in Mülhausen die Polizei den bekannten Schriftsteller Dr. Midlin in Dammertich verhaftet habe. Außerdem hat die Polizei bei dem Steuereinknehmer Matern, dem Verlobten einer Nichte Dr. Midlins, in Dammertich-Land eine Hausdurchsuchung abgehalten.

Die Hebung der deutschen Flotte bei Scapa-Flow. Im englischen Unterhaus erklärte der parlamentarische Sekretär der Admiralität, Oberst Seablam, die Firma, welche einige der bei Scapa-Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe geborgen habe, habe neuerdings ein großes Kriegsschiff an die Baffertoberfläche gebracht und es in den Hafen von Lynnh geschleppt. Die Arbeiten zur Hebung weiterer kleinerer Schiffe werden noch fortgesetzt.

Schlichtung für die Reichsbahn. Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreites bei der Reichsbahn begannen, wie der „Vorwärts“ meldet, am kommenden Dienstag.

Eine Frauenkundgebung im französischen Senat. Am Freitag veranstalteten Frauen vor der Tribüne des französischen Senats eine Kundgebung für das Frauenstimmrecht. Es handelt sich um eine genau vorbereitete Kundgebung sämtlicher Frauenorganisationen des Landes. An ihr nahmen etwa 50 Frauen teil.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stande vom 15. März

Die Börse hatte in dieser Woche eine ungleichmäßige Tendenz. Bei der, fast völligen Geschäftstille, die von der weitgehenden Desinteressierung der zum Teil an Auslandsbörsen abgewanderten Privatbankiers ablegte, bestimmten vor allem Gerüchte von einer bevorstehenden New Yorker Diskonterhöhung. Das fast völlige Nachlassen des Publikumsverkehrs veranlasste die Spekulation zu Realisierungen und Mantelabgaben. Eine lebhafte Spezialhaufe gab es vor allem bei den Kunstidealen. Auch für einige Braunkohlen- und Elektrowerte sowie für Farbenaktien lagen Anregungen vor. Das Gros der Märkte, vor allem der Montanmarkt, blieb überwiegend still. Die Rentenmärkte waren ohne nennenswerte Veränderungen.

Am Weltmarkt ist eine mäßige Entspannung eingetreten, die aber weniger in die Erscheinung trat, da gleich wieder die Vorbereitungen zum Reditermin begannen.

Auf den Produktmärkten haben die Weizen- und Roggenpreise erneut angezogen. Die Tendenz blieb fest, zumal die Haufe an den ausländischen Märkten fortbauerte.

Warenmarkt: Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse stellte sich als Rekordmesse dar und wird als die erfolgreichste internationale Messe seit der Währungsstabilisierung beurteilt. Das Inlands- und Exportgeschäft hat in allen Warenkategorien eine starke Anregung erfahren. Das Geschäftsergebnis eröffnet günstigere Aussichten für die Zukunft.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Gestern hatte unser Gebiet vorwiegend wolkenloses Wetter. Nachts verursachte die trockene Ostströmung im Verein mit starker Ausstrahlung überall scharfen Frost (Baar - 10 Grad Tiefstemperatur). Der Kern des hohen Druckes liegt heute früh über Polen und hat sich durch Ausstrahlung bis 750 mm vertieft, während die nach Island gerückte Zyklone sich vertieft hat. Die trockene, kühle Ostströmung bei vorwiegend heiterem Wetter dauert an. Wetterausblick für Sonntag: Fortdauer des trockenen, heiteren, kühlen Frühlingwetters, zeitweise aufreißende Winde, nachts scharfer Frost.

Badischer Teil

Reichsausgabe der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1927

Die Reichsausgabe der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1927 wird voraussichtlich im Laufe des Monats August 1928 vorliegen. Vorausgesetzt, daß der Reichstag auch in diesem Jahre wieder einen Zuschuß zu den Vertriebskosten bewilligt, wird sich der Preis der Gesamtausgabe (vier Bände) auf 15 M stellen. Um die Höhe der Auflage zu bestimmen, müssen Bestellungen möglichst bald beim Reichsarbeitsministerium Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, unter genauer Angabe der Stückzahl erfolgen. Die Kosten werden bei Übersendung durch Nachnahme erhoben. In den Jahresberichten 1927 werden neben einer allgemeinen Übersicht über Zu- und Abnahme der Zahl der gewerblichen Betriebe und der Zahl der beschäftigten Arbeiter neben den allgemeinen Berichten über Arbeiterbeschäftigung, Betriebsunfälle, gesundheitliche Maßnahmen, Berufsaufsicht und dergleichen als Sonderfragen behandelt: Beschäftigung deutscher Binnenwanderer und ausländischer Arbeiter in Handel und Gewerbe, Beschäftigung der Arbeiterinnen (Arbeiterinnen und Angestellten) in Gewerbe und Handel, Unfall- und Gesundheitsgefahren bei Ausführung der Spritzverfahren.

Der Kraftwerksbau bei Niederschwarzwald

Der jetzt veröffentlichte erste Jahresbericht des Rhein-Kraftwerkes Rhodung-Niederschwarzwald, welcher den Zeitraum von September 1926 bis September 1927 umfaßt, kann darauf hinweisen, daß sowohl auf der schweizerischen Seite die Herstellung einer Zufahrtsstraße vom Ortsteil Rhodung nach der Baustelle fertig werden konnte, wie auf der badischen Seite eine solche von der Landstraße Wasel-Waldshut nach der Baustelle abzweigt. Die Kraftversorgung der Baustelle geschieht durch eine besondere Fernleitung vom Kraftwerk Rheinfelden. Die beiden Baustellen rechts und links des Rheins sind durch eine Seilfähre für den Personenverkehr verbunden. Im Februar konnten die Arbeiten für die Herstellung des Stauwehres und des Kraftwerkes vergeben werden. Durch eingehenden Versuch in dem Flusslaboratorium der Technischen Hochschule Karlsruhe konnte auf die Errichtung eines Einlaufbauwerkes mit Maschinenanlagens verzichtet werden. Die Vergabe der Wasel Bauarbeiten erfolgte an eine Versorgungs-Gesellschaft, der 5 Schweizerische und die deutsche Firma Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg angehören. Die Installation und die Planierung der Baupläne sind im wesentlichen durchgeführt. Die erste Baugrube ist inzwischen trocken gelegt. Auf der schweizerischen Seite wurden zwei Doppelhäuser mit vier Dienstwohnungen errichtet. Auf badischer Seite wird bald in gleicher Weise vorgegangen werden.

Tagungen

Landesausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege. Auf der letzten Gesamtvorstandssitzung des badischen Landesausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege in Karlsruhe wurde beschlossen, die Landesversammlung 1928 am 6. Mai abzuhalten und Konstanz als Tagungsort zu wählen.

Der Deutsche Arbeitsausschuss des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen ladet die ihm angeschlossenen Kirchen, Bünde und Organisationen, seine Landes- und Ortsgruppen und seine Einzelmitglieder zu seiner Jahresversammlung ein, die vom 26. bis 29. April in Heidelberg stattfinden soll. Die Versammlung soll teils wichtige Fragen, die gegenwärtig in deutschen Weltbündnissen verhandelt werden, zu klären suchen, teils eine Vorbereitung auf den großen Weltkongress der Kirchen sein, der im August 1928 unter dem Thema „Abrüstung“ in Prag abgehalten werden soll. Wie wir hören, wird auch Erzbischof D. Soederblom zur Tagung erwartet.

Lohnbewegungen in Baden

Ausbildung des Tarifvertrages in der Uhrenindustrie. Die Arbeitgebervereinigungen sowie die Angestelltenverbände haben die in der Uhrenindustrie bestehenden Tarifverträge zum 31. März 1928 gekündigt. Es wird eine Erhöhung sowohl der Löhne wie der Gehälter um rund 15 Prozent verlangt. Die Verhandlungen sollen Ende dieses Monats stattfinden.

Zum zweigleisigen Ausbau der Oberheintalbahn

Der Gemeindeverband Oberheintal hat an die Reichsbahndirektion Karlsruhe eine Eingabe gerichtet, worin er mit Beweisen feststellt, daß die in den Voranschlag bereits aufgenommenen Mittel für den zweigleisigen Ausbau der Oberheintalbahnlinie, und zwar von Grenzach bis Wehringen aus dem Voranschlag wieder herausgenommen worden sind. Da sich der Verkehr auf der Oberheintalbahn sehr stark ausgedehnt hat und man ohne zweigleisigen Betrieb nicht mehr auskommt, bittet der Gemeindeverband die Reichsbahndirektion, daß die hierfür notwendigen Mittel bald bereitgestellt werden.

Gemeinde-Rundschaue

Große Schulprojekte in Mannheim. Der Stadtrat Mannheim stimmte dem Bau einer Mädchenfortbildungsschule mit einem Aufwand von 1 737 000 M, einer Oberrealschule für Knaben mit einem Aufwand von 2 017 000 M und einer Handelshochschule, mit einem Kostenaufwand von 3 793 000 M zu. Die erforderlichen Aufwendungen in Gesamthöhe von 7 551 000 Reichsmark sollen, die Zustimmung des Bürgerausschusses vorausgesetzt, aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Voranschlag der Stadt Achern für 1927/28 verzeichnet in Ausgaben 613 662 M, in Einnahmen 438 767 M, so daß ein ungedeckter Fehlbetrag von 174 895 M verbleibt. Die Steuern sollen wie folgt erhoben werden: Für je 100 M Steuerwert vom Grundvermögen 1,20 M, vom Betriebsvermögen 0,48 M, vom Gewerbevermögen 6 M. Das Vermögen der Stadt beträgt sich auf 2 473 440 M, die Schulden betragen 278 987 M, das Reinvermögen somit 2 194 453 M.

Ausbau der Rhein-Hardtbahn. Wegen der Schwierigkeit der Geldbeschaffung zu erträglichen Bedingungen sind die Städte Mannheim, Ludwigshafen und Bad Dürkheim über-eingekommen, den zweigleisigen Ausbau der Rhein-Hardt-bahn im Jahre 1928, der in seiner Gesamtheit zur Fertigstellung geplant war, nur auf einer kleineren Teilstrecke (Elterstadt-Fußgömmheim) ausführen zu lassen.

Aus der Landeshauptstadt

Einfangen von Fledermäusen. Vor einigen Tagen ist ein Stadtratsbeschluss mitgeteilt worden, wonach für das Einfangen von Fledermäusen zwecks Ansiedlung in der näheren Umgebung der Stadt eine Fangprämie von 50 Pf je Stück gewährt wird. Hierzu ist zu bemerken, daß lediglich Fort-beamte zum Fangen von Fledermäusen in begrenztem Um-fange berechtigt sind, daß aber im übrigen ein allgemeines Fangverbot besteht. Fledermäuse sind nämlich durch eine Verordnung zum Schutze der heimischen Pflanzen- und Tier-welt unter besonderen Schutz gestellt und dürfen weder ge-tötet noch gefangen noch sonstwie belästigt werden.

Colosseum Karlsruhe. Offenbar angelockt durch den großen Erfolg ihrer Vorgängerinnen hat abermals für die zweite Märzhälfte eine Revue im Colosseum sich etabliert. „Die Geheimnisse des Harems“ heißt die neueste Konjunkturersehung auf dem Gebiet der heiteren Muse. Es wird allerdings recht wenig aus der Chronique scandaleuse alttürkischer Freundschaftsbeziehungen in bengalischer Beleuchtung gerückt. Nur der erste Teil der Vortragsfolge spekuliert ein bißchen auf jenes geheimnisvolle Dunkel, das noch immer den Namen „Harem“ umwittert. Hier ist auch die Texturierung einigermaßen pikant gemacht und gibt bei der Schilderung morgenländischer Liebesleben für allerlei längere wie gesangliche Kräfte einen guten Nährboden. Weniger befriedigt dagegen der zweite, nach Paris verlegte Teil des Handlungsablaufs. Wie wollen in dessen der Berliner Metro-Revue gern beschreiben, daß sie da und dort amüsante Unterhaltung bietet, mit einigen netten Witzen und freundlichen Epögen aufwartet und innerhalb der insgesamt 80 Bilder auch über nicht allzu bescheidene darstellerische Mittel verfügt. So kann immerhin Käthe-Kärl, der angeklagte Solotänzer des Schah von Persien, ob seiner eigenartig schlängelhaften Bewegungen hervorgehoben werden. Auch Billy Bießer, der Komiker, erfordert besondere Erwähnung. Unter den Damen sind Margot Schwarz und Kee Tegen zu nennen. Die Metro-Girls tanzen flott und feich. Dem übrigen Ensemble sei noch auf Heinz Ede und Fritz Blücher aufmerksam gemacht.

Neue Wagen 4. Klasse wurden in der letzten Zeit auf einigen badischen Bahnen eingestellt, z. B. auf der Strecke Karlsruhe-Bretten-Eppingen-Heilbronn und Karlsruhe-Pforzheim. Die neuen Wagen fallen dadurch auf, daß ein großer Teil aus Stahl hergestellt ist, und eine erhöhte Widerstandsfähigkeit bei Unglücksfällen gewährleistet. Die Wagen sind etwas schwerer als die bisher verwendeten, geräumig und luftig und so eingerichtet, daß sie bei erhöhtem Andrang durch abschließende Plattform usw. fast hundert Personen aufnehmen können.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 16. März. Der Vole Kurt Die, der den Raubüberfall am Wasserturn erlitten hat, ließ sich bisher nicht zu einem Geständnis bewegen. Jedoch wurde ein Mithelfer ermittelt, der auch eingestanden hat, 45 000 M im Keller seines Elternhauses versteckt und den Rest von 5000 M in der Rückwand eines Spiegels verborgen zu haben. Der Mithelfer ist der 27jährige Eisenarbeiter Heinrich Sellmann aus Mundheim. Durch die Vernehmung des Sellmann wurde festgestellt, daß zwischen ihm und dem Dieb schon seit längerer Zeit der Plan bestand, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit einen Raubüberfall zu fingieren und sich das Geld anzueignen.

W. D. Weller (bei Pforzheim), 17. März. Gegen Mitternacht brach in dem Anwesen des Landwirts Johann Reck Feuer aus, das sich rasch ausbreitete und das Haus und die gefüllte Scheune in Asche legte. Es griff auch auf das Anwesen des benachbarten Schmiedes Christian Rauch über, wobei dessen Schmiede und Scheune ebenfalls zum Opfer fielen.

D. J. Schwanau, 15. März. In der Firma Schwanau-Brand der Spinnerei Zell in Schwanau ist neuerdings ein Reib von Arbeitern gekündigt worden, so daß die Zahl der Arbeits-lofen in dieser Stadt weiter gettiegen ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Feinsnotenotierungen

	17. März		16. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.08	168.42	168.12	168.46
Kopenhagen 100 Kr.	111.93	112.15	111.95	112.17
London 100 £.	22.065	22.105	22.07	22.11
New York 1 \$.	20.382	20.422	20.384	20.424
Paris 100 Fr.	4.1770	4.1850	4.1785	4.1865
Schwiz 100 Fr.	16.43	16.47	16.44	16.48
Wien 100 Schilling	80.42	80.58	80.44	80.60
Prag 100 Kr.	58.79	58.91	58.83	58.95
	12.376	12.396	12.384	12.404

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 14. März 1928 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11½ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G., Mannheim. In der Aufsichtsratsitzung am 16. März wurde die Bilanz für das verfloßene Geschäftsjahr vorgelegt. Der Rohgewinn der Bank beträgt 10 286 758,47 M (i. V. 10 112 131,12 M). Nach Abzug von 6 891 575,18 M (i. V. 7 012 754,30 M) für Steuern und 1 108 918,92 M (i. V. 1 050 975,27 M) für Steuern und Abgaben bleibt ein verfügbarer Reingewinn von 2 286 264,37 M (i. V. 2 048 401,55 M), von dem 8 Prozent = 182 901,15 M (wie im Vorjahr) als Dividende zur Verteilung vorgeschlagen werden, während 250 000 M (i. V. 182 489,78 M) dem Beamtenfonds zugewiesen, 100 000 M (i. V. 135 000 M) auf Bankgebäude abgeschrieben und der verbleibende Gewinn von 576 264,22 M (i. V. 580 911,82 M) auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Aus der Bilanz ist als bemerkenswert zu erwähnen, daß die Kreditoren von 133 548 655,81 M auf 173 286 522,66 M zugenommen, während die Debitoren und die Vorschüsse auf Waren und Warenverschießungen sich von 82 668 559,47 M auf 112 540 628,58 M erhöht haben. Die fälligen Mittel ersten Ranges, wie Kasse, Guthaben bei Banken, deutsche und fremde Wechsel betragen 75 248 037,38 M oder 41 Prozent der Verbindlichkeiten. Die Bilanzsumme hat sich von 164 127 525,53 Reichsmark auf 205 930 245,32 M erhöht. Die Generalversammlung ist auf den 4. April 1928 einberufen.

Am 15. März verschied nach langem Leiden der Oberlaborant am hiesigen Institut

Georg Heimrich

im 62. Lebensjahr. R.374
38 Jahre hat er unserem Institut mit vorbildlicher Hingabe und unerschütterlicher Zuverlässigkeit wertvolle treue Dienste geleistet, für die wir ihm immer dankbar bleiben werden.

Chemisches Institut
der Technischen Hochschule Fridericiana.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die neue
REVUE
Geheimnisse
des Harems

Les Bücher
Wissen ist Macht!

Badisches Landestheater

Sonntag, 18. März 1928

Nachmittags 15 Uhr

Der Herer

von Edgar Wallace
In Szene gesetzt von
Eugen Schulz-Weiden

u. d. Trend
Schulze
Höder
Kloebke
Daßler
Brand
Waller
Bertram
Lettgeb
Gemmede
Graf
Mehner
Präter
Opmar
Herg

Detektive

Anfang 15 Ende 17½
I. Rang und I. Sperrplatz
3 M

Sonntag, 18. März, 1928
* E 20 Th.-Gem. 201-300
Abends

Neu einstudiert
Der Rosenkavalier

von Richard Strauß
Musikalische Leitung:
Josef Krips

In Szene gesetzt von
Otto Strauß

Feldmarschallin v. Hartung
Ochs
Ociavian
Janinal
Sophie
Leitmeyerin
Gausshofmeister
Balzacchi
Annina
Polizeikommissär
Gausshofmeister
Notar
Witt
Sänger
Gelehrter
Fidisti
Friseur
Friseurgehilfe
Wiwe
Waisen
Modistin
Tierhändler
Leibkafai

Riberit
Alterer Bruder
Jüngerer Bruder
Grazog
Minister
Faucitt
Gräfin
Cberit

von der Trend
Schulze
Waller
Herg
Anfang 20 Ende 21½
I. Rang und I. Sperrplatz
5 M

Der IV. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf
freigegeben.

Di. 20. März: Der Rosen-
kavalier. Mi. 21. März: Fideles

Im Städt. Konzerthaus
* Sonntag, 18. März 1928

Der siebente Tag
von Schöngner und Welisch

In Szene gesetzt von
Fritz Herz

Hägelin
Rudmilla
Charlotte
Stedau
Leonore
Amadeus
Fabian
Vettori
Spontinello
Dobhoff
Onkel
Hanna
Frigitte
Stolpe
Schtermeyer
Agathe
Tante
Lautenschläger

Höder
Hegler
Quaifer
Lettgeb
Waller
Müller
Dahlen
Hademacher
Brand
Graf
von der Trend
Waller
Genter
Mehner
Gemmede
Silber

Montag, 15. März 1928
Volksbühne 7
Zwölftausend

von Franz
In Szene gesetzt von
Fritz Baumbach

Anfang 19½ Ende nach 22
I. Parterre 4,20 M

Badisches Landestheater

Sonntag, den 18. März, vormittags 11½ Uhr

Drittes Jugendkonzert

Leitung: Rudolf Schwarz

1. Ouvertüre „Tell“ Rossini
2. Arie der Constanze aus „Die Entführung aus dem Serail“ Mozart
Solistin: Mary von Ernst
3. I. Sinfonie in B-Dur, Opus 38 Schumann
Anfang 11½ Uhr Ende 12½ Uhr

I. Rang und Sperrplatz 1 M alle übrigen Plätze 50 Pf
Für Erwachsene nur in Begleitung von Jugendlichen
2 M und 1 M

In der Städtischen Festhalle
Montag, den 19. März 1928

5. Volks-Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Josef Krips

Solisten: Else Wiant, Magda Strauß, Josef Witt,
Franz Schütter.

Chöre: Bachverein, Singchor und Hilfschor des
Badischen Landestheaters

1. Sinfonie in H-Moll (Unvollendete) Schubert
2. Requiem Mozart
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
Saal I. Abteilung 3 M

Montag, 26. März im Landestheater: 9. Sinfonie-Konzert
Leitung: Josef Krips - Solistin: Magda Strauß.

Den Staats- und Gemeindebehörden

empfehlen sich:



Rolladen

gut, schnell, billig

Karlsruher Jalousie- und Rolladen Fabrik G.m.b.H.

Parkett

Steinholz, Estriche, Heraklith

H. Echle, Parkett G.m.b.H. Karlsruhe i. B.

Durlacher-Allee 59 Tel. 2328 u. 1227



TEERMASCHINEN

APPARATE — FAHRZEUGBAU

für den modernen Straßenbau

Teer- und Bitumen-Spreng- und Spritzwagen, Gießwagen, Gerätewagen, Müllwagen, Teer-Flickwagen, Teerkochkessel, Vorwärmer Dreiböcke, Teerabfüllapparate

Eugen Loew, Karlsruhe i. B. Wulhornstr. 17 Telefon 2626

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 KARLSRUHE i. B. Hirschstr. 40

Gegründet 1878

Beton- u. Eisenbeton-Hoch- u. Tiefbau

Asphaltierungen

Neuzeitlicher Straßenbau

Spezialität: Solidität-Betonstraßen D.R.P.

Karl Spilger & Cie.

G. m. b. H. DURLACH

Kilianfeldstr. (Güterbahnhof), Telefon Nr. 590

Platten-Spezialgeschäft

Lieferung und Verlegung von Steinzeug-Fußböden u. Wandplatten aller Arten

G. Berberich & Söhne

Holz- u. Stahlwellblech-Rolladen

Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B.

Wallstraße 9
Telephon 1618

MANNHEIM

Dürerstraße 11
Telephon 23672

Rudolf Schwarz

Schreibmaschinen — Bürobedarf

Waldstr. 56 Karlsruhe i. B. Tel. 3398

General-Vertretung der

„Urania“ Schreibmaschine

Reparatur-Werkstätte

:: für alle Systeme ::



Leichenwagen

für Hand und für Bespannung liefert als Spezialität

J. Gunz, Wagenbauanstalt Achern, Telefon 253

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen stets vorrätig. Zur Lieferung in Trauerpferdedecken, Talaren, Versenkungsapparaten halte ich mich bestens empfohlen

Plandruck G.m.b.H.

Karlsruhe i. B.

Georg-Friedrich-Straße 3

Telephon 6249

Zinkbelichtungen für Flach- u. Offsetdruck • Plandrucke in ein- und mehrfarbiger Ausführung • Maßstäbliche Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und Plänen aller Art • Anfertigen von technischen Werken Moderne Geschäftsreklame

Heinr. Stöcker

vormals FR. KIRCHENBAUER

Bauunternehmung für Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau Umbauten aller Art

KARLSRUHE i. B. Lessingstr. 1a Tel. 1020



FABRIK FÜR ROLLADEN IN HOLZ UND WELBLECH EISENKONSTRUKTION SCHAUFENSTERBAU DREIKÖNIGSST. 43 ALFRED ZIMMERMANN TELEPHON 3013

F. PFLAUM

Ziegelwerke Bruchsal

Telephon 104

liefert

BACKSTEINE

für alle Verwendungszwecke

Erstklassigen

Straßenschotter

Gleisschotter

Betonschotter

Betonsplitt

Stücksteine • Grus • Sand

liefert

PORPHYRWERK DOSENHEIM

Tel. Heidelberg 4094

H. Vattor

Tel. Heidelberg 4094

Dossenheim a. d. Bergstraße

(Seither Staatliches Porphyrowerk)

Neueste Hausklärgrube

OMS

für Abortanlagen und Fabriken

Deutsche Abwasser-

Reinigungs-Ges. m. b. H.

Städtereinigung Wiesbaden

„OMS“-Haus

Tausende im Betrieb

Billigste Bauart! Überall Vertreter u. Lagerbestände

A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe

Ettlingen i. B.

FERNSPRECHER NR. 2

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:

Granit, Quarzit und Sandstein

Groß- und Klein-Pflastersteine

Randsteine und Leistensteine

Stücksteine und Schotter

Höhere Schulen in Karlsruhe.

Neuanmeldungen von Schülern und Schülerinnen für alle Klassen werden am

Montag, den 19. März von 3 bis 5 Uhr,

in den Schulgebäuden (Fichteschule, Sofienstraße 14, Abteilung Karl-Wilhelm-Schulhaus, Karl-Wilhelm-Straße 2, Goetheschule, Gymnasium, Helmholzoberrealschule, Humboldtschule, Kantoberrealschule, Lessingsschule) entgegengenommen.

Dabei sind vorzulegen: der Geburtschein (auch für die in Karlsruhe Geborenen), der Impfschein und das letzte Schulzeugnis.

Die Aufnahmeprüfungen beginnen am

Dienstag, den 20. März, vormittags 8 Uhr.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Anmeldungen und Aufnahmeprüfungen einheimischer Schüler und Schülerinnen nur am 19. bzw. 20. März stattfinden können. Die Grenzen der Schulbezirke sind zwischen Lessing- und Fichteschule: Westendstraße; zwischen der Fichteschule und der neuen Anstalt im Karl-Wilhelm-Schulhaus: Karl-Friedrich- und Ettlingerstraße; zwischen Helmholz- und Kantoberrealschule: Kantstraße.

Die Direktoren

der Höheren Schulen in Karlsruhe.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Verf. Bekanntmachungen

Die Arbeiten für den Umbau des Friedhofstunnels bei Bruchsal sind öffentlich zu vergeben. Länge des zweigleisigen Tunnels 120 Meter. Abbruch des alten Mauerwerks und Erd- und Felsbewegung 4900 m³. Mauerwerk in Sandstein oder Klinker 2200 m³, wasserdichte Abdeckung mit doppelter Lage

Asphaltgewebeplatten 1680 Quadratmeter. Die Angebotsunterlagen werden gegen postfreie Voreinsendung von 5 M (auswärts zugunlich 30 Pf Porto — keine Briefmarken —) von dem unterzeichneten Amte abgegeben, soweit der Vorrat reicht. Führung über die Baustelle erfolgt durch die Bahnmeisterei Bruchsal 2 nach vorheriger Anmeldung. Die

Verdingungsunterlagen liegen hier, sowie bei der Bahnmeisterei Bruchsal 2 auf. Die Angebote sind verschlossen, postfrei mit der Aufschrift „Angebot Friedhofstunnel“ spätestens bis Mittwoch, den 4. April 1928, vormittags 10 Uhr, zum Öffnungstermin bei dem unterzeichneten Amte einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. M. 734 Reichsbahn-Bauamt Heidelberg 2.